März 2019

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

SEITE 4

Die FDP verkauft die Schweiz für ein Butterbrot

SEITEN 6 - 9

«Frei und sicher – ich will's, ich wähl's»: Der offizielle Wahlauftakt der SVP Schweiz in Aarwangen – das sind die Themen und die Ziele der Partei

SEITEN 10 - 11

Zuwanderung und Asyl sind nach wie vor ausser Kontrolle

SEITE 12

Bundesrat schindet Zeit bei der AHV-Reform

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 53 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - März 2019

Die SVP in den Schweizer Medien

Der EU-Rahmenvertrag zerstört alles, was den Erfolg der Schweiz ausmacht

Schlimmer als befürchtet, unglaublich, völlig unzulänglich, unbrauchbar und zerstörerisch. Diese Gedanken gingen mir durch den Kopf, als ich im Januar den vom Bundesrat in Konsultation gegebenen Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und der EU, das sogenannte institutionelle Abkommen (InstA), erstmals durchlas. Mit diesem Vertrag werden die Schweizer Unabhängigkeit, die Souveränität, der Föderalismus und direkte Demokratie zerstört. Kurz: alles, was den Erfolg der Schweiz ausmacht.

Die SVP-Bundeshausfraktion lehnt diesen Vertrag deshalb einstimmig ab. Die SVP fordert den Bundesrat auf, diesen Vertragsentwurf weder zu paraphieren noch zu unterzeichnen, sondern ihn zurückzuweisen. Der EU ist freundlich und unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen ihre Verfassung verstösst, welche die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.

Der vorliegende Klartext zeigt Ihnen auf, dass das InsA nach mehreren gescheiterten Anläufen in den vergangenen fast 30 Jahren seit dem EWR Nein, ein weiterer Versuch ist, die Schweiz mit einem Kolonialvertrag klammheimlich der EU einzuverleiben.

Gemäss InstA muss die Schweiz in Zukunft automatisch EU Recht übernehmen. Und sollte das Volk einmal gegen die EU entscheiden, so folgt die Strafe auf dem Fusse. Auf den folgenden Seiten finden Sie weitere Punkte, die nur eines zulassen – die klare Rückweisung dieses Knechtschaftsvertrags.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti
Präsident der SVP Schweiz

Unter diesem Vertrag würden die Bürger leiden

Das Abkommen mit der EU sollte nicht bloss als staatspolitische Weichenstellung angesehen werden, die keinen Einfluss auf das Leben der Schweizer Bevölkerung hat. Das vom Bundesrat angepriesene Rahmenabkommen würde – falls umgesetzt – sehr schnell unerwünschte Nebenwirkungen im Alltag jedes einzelnen Bürgers entwickeln.

Das EU-Rahmenabkommen sollte nicht bloss als eine staatspolitische Weichenstellung angesehen werden, welche vom Schweizer Volk aus der Ferne betrachtet wird. Das vom Bundesrat angepriesene Rahmenabkommen würde – falls umgesetzt – sehr schnell unerwünschte Nebenwirkungen im Alltag jedes einzelnen Bürgers entwickeln.

Konkret geht es um das Verbot staatlicher Beihilfen, das die EU vorsieht und das auch für die Schweiz gelten würde, falls sie dem institutionellen Rahmenabkommen zustimmt. Das Verbot, das staubtrocken tönt, könnte für die Bürgerinnen und Bürger unangenehme Überraschungen bringen. Beispielsweise bei den Arbeitsplätzen. Denn die Kantone könnten die Ansiedlung internationaler Firmen nicht mehr fördern, und müssten ihre Unterstützungsleistungen, und das zur Verfügung stellen von vergünstigtem Bauland, einstellen. Durch das Verunmöglichen der Wirtschaftsförderung könnten Arbeitsplätze nicht geschaffen werden. In der Folge würde die Arbeitslosigkeit steigen – dies vor allem in Regionen mit heute schon wenig Arbeitsplätzen.

Durch das Verbot staatlicher Beihilfen hätte das EU-Abkommen auch negative Konsequenzen im Alltag der Schweizerinnen und Schweizer.

Das Abkommen bedeutet das mögliche Aus für Theater, Schwimmbäder und Bibliotheken.

Den ländlichen Regionen würde der Stecker gezogen. Dies nicht nur durch die steigende Arbeitslosigkeit, sondern auch weil die Grundversorgung der Swisscom mittels staatlicher Subventionen nicht mehr sichergestellt werden dürfte. Die Folge: Die ländlichen Gebiete hätten eine massiv schlechtere Internet-Anbindung als heute. Der Graben zwischen den Städten und dem Land würde sich wohl noch mehr vergrössern.

Auch andere Bereiche, in die heute staatliche Gelder fliessen, würden unter dem Rahmenabkommen mit der EU leiden. So könnte ein Profi-Sportverein allenfalls kein neues Stadion bauen, öffentliche Schwimmbäder müssten wegen nicht mehr gewährter Subventionen schliessen, oder Jugendherbergen verlottern, weil sie nicht mehr von den lokalen Behörden unterstützt werden dürften. Dasselbe gilt für Bibliotheken, Theater und andere kulturelle Einrichtungen.

Dabei spielt es keine Rolle, ob der Bund oder der Kanton die betroffene Institution unterstützt. Es macht auch keinen Unterschied, ob es sich um natürliche oder juristische Personen handelt. Die EU wirft alle in den gleichen Topf: In ihren Augen sind diese Subventionsempfänger Unternehmen, die gegen ein Entgelt einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Institution einen Gewinn erzielt oder nicht. Das kleinste Geschäft ist nicht klein genug, um von dieser EU-Richtlinie ausgenommen zu sein. Subventionen und jegliche Art anderer öffentlicher Unterstützung gerieten bei einer Umsetzung des EU-Rahmenabkommens unter Druck, mit dem Ziel, europäischen Leistungserbringern den Schweizer Markt zu öffnen.

Die Pille «Rahmenabkommen», die den bilateralen Weg retten soll, führt also nicht zu Wohlbefinden, sondern eher zu Übelkeit und Brechreiz. Leider steht in der Packungsbeilage nichts von den schädlichen Nebenwirkungen. Darunter leiden würde der einzelne Bürger aber noch lange.

Von Nationalrätin Nadja Pieren Burgdorf (BE)

FDP verkauft die Schweiz für ein Butterbrot

Die FDP hat mit der Zustimmung zum EU-Rahmenabkommen ihre eigenen roten Linien überschritten. Sie verkauft damit die zentralen Schweizer Werte Unabhängigkeit, Souveränität, eigene Gerichtsbarkeit und direkte Demokratie für ein Butterbrot. Verlässliche Politik sieht anders aus.

Die FDP richtet ihr Fähnlein einzig nach den Interessen einiger weniger Konzerne.

Was der Bundesrat mit der EU ausgehandelt hat, ist für die SVP allein schon wegen der automatischen Übernahme von EU-Recht inakzeptabel. Vermeintlich lehnen auch die anderen Parteien das Abkommen ab. Die FDP ist jedoch bereits gekippt. Noch im November 2017 forderte FDP-Präsidentin Petra Gössi in der «Zentralschweiz am Sonntag» die Beseitigung der Guillotine-Klausel. Und letzten Juli erklärte sie unter anderem im «Blick»: «Entspricht das Abkommen nicht unseren klar definierten Forderungen und roten Linien, wozu auch die flankierenden Massnahmen gehören, machen nämlich auch wir nicht mit.»

Rote Linien hatte die FDP zahlreiche. Im Positionspapier «Bilateralen Weg sichern und weiterentwickeln – Rote Linien und Forderungen der FDP» lehnte sie beispielsweise die automatische Übernahme von EU-Recht ab. Ebenso die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie oder eine automatische Kündigung der bilateralen Verträge bei fehlender politischer Einigung der Parteien. Das Abkommen, zu dem die FDP nun ja sagt, überschreitet alle diese roten Linien. Woher der Sinneswandel? Die Antwort auf diese Frage ist so simpel wie ernüchternd: Die FDP richtet ihr Fähnlein nach den Interessen einiger weniger Konzerne. Der FDP geht es weder um den Erhalt der direkten Demokratie noch um das Wohl der Schweizer Bevölkerung, oder der kleinen und mittleren Unternehmen, sondern einzig darum, die Bedürfnisse der unter dem Dach von Economiesuisse versammelten Wirtschaftsbosse zu befriedigen. Damit ist nicht die Kehrtwende erstaunlich, sondern der Zeitpunkt. Denn nicht nur inhaltlich sondern auch verhandlungstechnisch ist der Entscheid der FDP grundfalsch. Statt dem Bundesrat für Nachverhandlungen den Rücken zu stärken, nimmt die FDP den Druck für Verbesserungen des inakzeptablen Abkommens weg und verkauft die Schweiz für ein Butterbrot.

Auch CVP und SP werden einknicken

Die Erfahrung zeigt, dass es auch bei den anderen Parteien eine Frage der Zeit ist, bis sie umschwenken und das InstA unterstützen. Die SP, die in ihrem Parteiprogramm noch immer den EU-Beitritt als Ziel nennt, wird sich den innenpolitischen Köder von Elternzeit/Vaterschaftsurlaub, Kündigungsschutz, Mindestlöhnen oder einer 35-Stunden-Woche wohl nicht entgehen lassen. Und die CVP sagt ja bereits «ja, aber».

Geht es nach Brüssel, dann ist mit dem InstA nicht nur der bilaterale Weg, sondern auch unsere direkte Demokratie, unsere Mitsprache beendet. Die Schweiz müsste automatisch künftiges EU-Recht übernehmen, die Urteile des EU-Gerichts akzeptieren und überdies regelmässig Zahlungen an die EU leisten. Zudem wäre es eine Frage der Zeit, bis die EU die Schweiz via Schiedsgericht zur Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie zwingen würde. Zwar dürften auch nach der Unterzeichnung des InstA noch Volksabstimmungen stattfinden. Diese würden jedoch zur Alibiübung verkommen. Denn falls sich das Volk bei der Rechtsübernahme quer stellt, drohen Strafmassnahmen. Die SVP lehnt deshalb dieses Abkommen ab – und dies nicht nur vor, sondern auch nach den Wahlen.

Von Parteipräsident Albert Rösti Uetendorf (BE)

Das Abkommen zerstört die Schweiz

Am 11. März hat der Bundesrat eine Konsultation zum Entwurf des institutionellen Abkommens mit der EU (InstA) durchgeführt. Die SVP fordert den Bundesrat auf, das InstA zurückzuweisen. Zudem fordert sie zur Sicherung der Arbeitsplätze ein Effizienz- und Revitalisierungsprogramm für die Schweiz.

Das InstA beinhaltet die Unterwerfung der Schweiz unter EU-Institutionen – inklusive der dynamischen – das heisst automatischen – Übernahme von EU-Recht und der Unterstellung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof. Das Abkommen würde die direkte Demokratie, die schweizerische Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus letztlich zerstören. Zudem bedeutet das Abkommen das Ende des bilateralen Weges und führt die Schweiz schleichend in die EU. Deshalb lehnt die SVP den Entwurf ab.

Das institutionelle Abkommen bedeutet das Ende des bilateralen Weges und führt die Schweiz schleichend in die EU.

Das Schweizer Volk fordert die eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Das InstA bewirkt das Gegenteil: Die Personenfreizügigkeit wird mit dem InstA entgegen der Bundesverfassung noch ausgebaut. Auch schliesst das Abkommen die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie nicht aus – mit der faktischen Gleichstellung von EU-Bürgern und Schweizern. Damit verbunden wären jährliche Kosten in Milliardenhöhe für unser Sozialsystem. Auch liessen sich verurteilte kriminelle EU-Bürger mit dem InstA entgegen unserer Verfassung nicht mehr des Landes verweisen.

InstA beendet die Kantons- und Gemeindeautonomie

Das Verbot staatlicher Beihilfen betrifft das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes und würde die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben. Insbesondere kantonale und kommunale Instrumente wie Wirtschaftsförderung oder die kantonale Gebäudeversicherungen wären davon betroffen. Aber auch staatliche Beiträge für die Landwirtschaft (zum Beispiel Verkäsungs- oder Siloverbotszulagen) oder Subventionen für kulturelle und sportliche Vereine wären verboten.

Auch mit der von Economiesuisse viel beschworenen Rechtssicherheit ist es nicht weit her. Das InstA öffnet der politischen Willkür der EU Tür und Tor. Das Abkommen beinhaltet nicht nur Sanktionen gegen die Schweiz bei Nichteinhaltung, sondern zusätzlich eine Super-Guillotine: Sollte die Schweizer Bevölkerung nicht im Sinne der EU entscheiden, würde die EU legitimiert, alle dem Rahmenabkommen unterstellten Abkommen ausser Kraft zu setzen.

Daher fordert die SVP den Bundesrat auf, den Vertragsentwurf zurückzuweisen. Der EU ist unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, der die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.

Die SVP fordert ein Revitalisierungsprogramm

In einer Motion fordert die SVP-Fraktion vom Bundesrat ein Revitalisierungsprogramm mit dem Ziel, die staatlichen Rahmenbedingungen zu optimieren, die Regulierungskosten zu senken, die Standortattraktivität zu verbessern und die Arbeitsplätze zu erhalten. Insbesondere ist das Gewicht auf eine Reduktion der bürokratischen und regulatorischen Belastung der Unternehmen sowie auf eine Diversifizierung der Absatzmärkte mittels Intensivierung der handelspolitischen Aktivitäten zu legen. Zudem soll eine Entlastung der privaten Haushalte den Inlandkonsum ankurbeln.

Von Fraktionspräsident Thomas Aeschi Baar (ZG)

Wahlauftakt der SVP Schweiz: «Frei und sicher – ich will's, ich wähl's»

Keine andere Partei setzt sich so zuverlässig und konsequent für die Freiheit, die Sicherheit, den Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstandes und für den Mittelstand ein, wie die SVP. Deshalb will die SVP am 20. Oktober die Wahlen für die Schweiz gewinnen.

Es kommt nicht von ungefähr, dass die SVP für ihren offiziellen Wahlauftakt den Bäckerei-Betrieb Nyfeler AG in Aarwangen gewählt hat. Die SVP ist die Partei des Mittelstandes und setzt sich für all jene ein, die jeden Tag die Ärmel hochkrempeln und hart arbeiten, oder die dies ihr Leben lang getan haben. Diese Menschen, die massgeblich zum Wohlstand der Schweiz beitragen, geraten allerdings zunehmend unter Druck. «Die Linken fordern die Einführung der 35- Stundenwoche, eine 24-wöchige bezahlte Elternzeit, offene Grenzen für alle Wirtschaftsmigranten inklusive lebenslanger staatlicher Vollversorgung und sie wollen zur Finanzierung dieses Irrweges dem Mittelstand immer noch mehr Geld aus dem Portemonnaie nehmen», sagte Parteipräsident Albert Rösti vor den Medien in Aarwangen.

«Die Linken fordern die Einführung der 35-Stundenwoche, eine 24-wöchige bezahlte Elternzeit und offene Grenzen für alle Wirtschaftsmigranten.» ***Albert Rösti***

«Die Nichtumsetzung der vom Volk angenommenen Masseneinwanderungsinitiative hat zu noch mehr Politikverdrossenheit geführt.» ***Sandra Sollberger***

Die Rechnung bezahlen müsse die hart arbeitende Bevölkerung, der durch steigende Steuern, Gebühren und Abgaben unter dem Strich immer weniger zum Leben bleibt. Als jüngstes Beispiel nannte Rösti den Versuch der Linken, die Benzin- und Heizölpreise um 20 Rappen oder mehr pro Liter massiv zu erhöhen, was die SVP habe verhindern können. «Linke und Grüne wollen die Schweiz kaputt regieren», sagte auch Wahlkampfleiter Adrian Amstutz. «Die SVP ist die einzige Partei, die noch konsequent für die Büezer, Gewerbler und Bauern einsteht.» Seit Anfang 2018 ist die SVP unermüdlich daran, auf der Tour des Cantons die Sorgen und Nöte der Leute in den Kantonen aufzunehmen.

Weil die SVP nur mit einem Ausbau des Wähleranteils ihre politisch klaren Ziele

- Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung
- Freiheit der Schweiz und daher keine institutionelle Anbindung an die EU
- die Entlastung des arbeitenden Mittelstands

erreichen kann, will sie bei den Nationalratswahlen 2019 die mit Abstand stärkste Partei bleiben. Entsprechend lautet der Wahlslogan der SVP: «Frei und sicher – ich will's, ich wähl's.»

«Die SVP ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber zur Schweiz und zu ihren Werten steht.» ***Marcel Dettling***

«Die SVP ist die einzige Partei, die ohne Wenn und Aber zur Schweiz und damit zu den Werten der Heimat steht», betonte Marcel Dettling, Nationalrat und Wahlkampfteammitglied (SZ). Eine weitere EU-Anbindung, wie sie das vom Bundesrat ausgehandelte institutionelle Abkommen vorsehe, bekämpfe die SVP spätestens nach den Wahlen wohl als einzige Partei. Denn mit der automatischen Übernahme von EU-Recht wären unsere direkte Demokratie und unsere Selbstbestimmung Geschichte. Die SVP will, dass wir Schweizer selber bestimmen, welche Regeln und welches Recht in unserem Land gelten. Das ist Heimat.

«Linke und Grüne wollen die Schweiz kaputt regieren.» ***Adrian Amstutz***

Selbstbestimmung fordert die SVP auch bei der Zuwanderung. Denn noch immer ziehen jedes Jahr via Personenfreizügigkeit, aus Drittstaaten und übers Asylwesen Zehntausende Personen neu in die Schweiz. Das überfordert unsere Infrastruktur und führt zu einer zubetonierten Schweiz. Zudem belasten die Wirtschaftsflüchtlinge unser Sozial- und Schulwesen massiv.

SVP setzt bei Mobilisierung auf persönlichen Kontakt

Um ihre Wahlziele zu erreichen, tritt die SVP in allen Kantonen mit eigenen Listen an und strebt zudem Listenverbindungen im bürgerlichen Lager an.

Oskar Freysinger, Wahlkampfleiter der Westschweiz, sieht zudem ein Potential von EU-kritischen Wählern auch in der Westschweiz. «Wir nehmen wahr, wie die Behörden in Paris und Brüssel über die Köpfe der Franzosen hinweg neue Gesetze und Regulierungen einführen und damit dem Mittelstand neue Kosten aufbürden. Bis es zum Aufstand kommt.»

«Wir sehen, wie die Behörden in Paris über die Köpfe der Franzosen hinweg neue Gesetze einführen.» ***Oskar Freysinger***

Die wichtigste und schwierigste Aufgabe wird es sein, die Wählerinnen und Wähler an die Urne zu bewegen. «Die Nichtumsetzung der vom Volk angenommenen Masseneinwanderungsinitiative hat in der Bevölkerung zu noch mehr Politikverdrossenheit geführt», sagte Nationalrätin und Wahlkampfteammitglied Sandra Sollberger (BL). «Um jene 740'000 Wählerinnen und Wähler zu erreichen, die uns 2015 das Vertrauen geschenkt haben, setzen wir neben Flyern, Plakaten, Instagram und anderen Kommunikationskanälen vor allem auf den persönlichen Kontakt.» Dies beispielsweise mit Anlässen wie SVP bi dä Lüt oder mit voraussichtlich über 1000 Wahlbotschaftern, die Bekannte und Freunde zum Wählen motivieren sollen. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, ist die SVP auf das Engagement all ihrer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen.

Gewerbe ächtzt unter EU-Bürokratie

Nach der Pressekonferenz führte Daniel Nyfeler durch seinen Bäckerei-Betrieb. Das Familienunternehmen existiert seit bald 90 Jahren und hat heute rund 200 Mitarbeitende und fünf Verkaufsfilialen. Davon, wie das nicht exportierende Gewerbe unter der EU-Bürokratie leidet, kann Nyfeler ein Liedchen singen. So bescherte die Deklarationspflicht der Inhaltsstoffe dem Betrieb unverhältnismässig viel Mehraufwand. «Insbesondere die obligatorischen Kennzeichnungsvorgaben bezüglich Nährwerte, Rohstoffherkunft und Allergenen im Offenverkauf gingen viel zu weit», erklärte Urs Wellauer, Direktor des Schweizerischen Bäcker-Confiseurmeister-Verbands. Es sei schlicht nicht notwendig, dass die zahlreichen, ausschliesslich im Binnenmarkt tätigen und vielfach kleinen Unternehmen die EU-Gesetzgebung übernehmen müssten. Glücklicherweise habe der Verband dies schliesslich abwenden können, so Wellauer. «Das hat uns jedoch zwei Jahre Arbeit und 150 000 Franken gekostet.»

«Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es den Einsatz jedes Parteimitglieds»

Wahlkampfleiter Adrian Amstutz hat am offiziellen Wahlauftakt in Aarwangen die Ziele der SVP für die nationalen Wahlen vom 20. Oktober genannt: Die SVP will weiterhin die stärkste Partei bleiben und mindestens ihre heute 65 Nationalratssitze verteidigen sowie ihre Ständeratssitze um mindestens einen auf sechs erhöhen.

Adrian Amstutz: «Nur die SVP bekämpft eine Ankettung an die EU.»

Adrian Amstutz, bei den letzten nationalen Wahlen 2015 erreichte die SVP 29,4 Prozent Wähleranteil – was sind die Zielsetzungen für die Wahlen 2019?

Wir wollen die Wahlen für die Schweiz gewinnen und erneut mit Abstand stärkste Partei werden.

Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Indem wir den Wählerinnen und Wählern aufzeigen, dass der erfolgreiche Weg der Schweiz für Büezer , Bauern und Gewerbler, für Jung und Alt nur mit einem Ausbau des SVP-Wähleranteils verlässlich zu sichern ist. Die Stärkung des Wohlstandes, der Unabhängigkeit, der Freiheit und Sicherheit duldet keine Halbheiten. Es geht um unser Land. Um dieses Wahlziel zu erreichen braucht es den persönlichen Einsatz jedes Parteimitglieds und unserer Sympathisanten. Analysieren – organisieren – informieren – motivieren –referieren – telefonieren – plakatieren.... Jeder Einzelne muss in seinem Umfeld Wählerinnen und Wähler motivieren, im Oktober für die Schweiz SVP zu wählen. Es gibt also für alle viel zu tun – packen wir es an!

Strebt die SVP in den Kantonen Listenverbindungen mit anderen bürgerlichen Parteien an?

Ja nebst der EDU vor allem auch mit der FDP. Bei allen Differenzen ist es ein Akt der Vernunft, Listenstimmen nicht leichtfertig an die linken Parteien zu verschenken.

Laut dem kürzlich veröffentlichten Wahlbarometer ist das Thema Europa derzeit am wichtigsten für den Wahlentscheid der Schweizerinnen und Schweizer.

Die SVP ist die einzige Partei, die verlässlich eine Ankettung an die EU via Rahmenvertrag bekämpft. Die SP erpresst die Mitte mit Mindestlöhnen, Gesamtarbeitsverträgen, Kündigungsschutz etc. und wird dann wie die Economiesuisse-gesteuerte FDP das Rahmenabkommen unterzeichnen. Für die SVP ist klar: Widerstand statt Unterwerfung!

Gleich an zweiter Stelle folgt aber der Klimawandel – was sagen Sie dazu?

Das Thema Klimawandel wird derzeit politisch und medial hochgekocht. So wie in den 1980er Jahren das Waldsterben. Ja, auch die SVP spürt den Klimawandel, auch die SVP will saubere Luft und sauberes Wasser. Aber die SVP wehrt sich gegen den von den Linken geforderten Ablasshandel, mit dem Büezern, Angestellten, Bauern und Gewerblern in der Schweiz noch mehr Geld aus der Tasche gezogen werden soll. Höhere Staatsabgaben lassen den Mittelstand verarmen und halten den Klimawandel nicht auf.

Ist Ihr Wahlziel realistisch? In den Kantonen hat die SVP in letzter Zeit Sitze verloren und auch die Selbstbestimmungsinitiative ging an der Urne bachab.

Ja, denn die Wählerschaft sieht, wie die Mitteparteien vor den Wahlen rechts blinken, um danach immer wieder links abzubiegen. Sie sieht die politischen Geisterfahrer. Die SP will gemäss Parteiprogramm der EU beitreten und argumentiert jetzt zum Schein mit roten Linien gegen den EU-Rahmenvertrag, obwohl sich diese Linien bei einem EU Beitritt in Luft auflösen. Die FDP-Führung sagt «Ja aber» zum EU-Anbindungsvertrag und die Fraktion will unterschreiben. Und die Slalompartei CVP hat jede Woche eine neue Position.

Albert Rösti forderte nach diversen Wahlschlappen öffentlich mehr Knochenarbeit und weniger Selbstzufriedenheit oder Karrieredenken. Ist der Weckruf bei der Basis angekommen?

Ja. Aber die Mobilisierung muss jetzt verstärkt werden und bis zum

Wahltag weiter gehen. Es reicht nicht zu wissen, was man sollte. Es reicht auch nicht zu wollen, was man tun sollte. Wir alle in der SVP-Familie müssen anpacken und aufzeigen, dass es sich lohnt für die Schweiz. wie wir sie kennen, einzustehen!

Eine weitere Baustelle ist die Romandie – Kritiker sagten die SVP müsse dort einen konzilianteren Kurs fahren. Die von der Zürcher SVP geprägte harte Linie komme bei den Romands schlecht an.

Wir leben seit Jahren die konsequente Linie der Schweizer SVP. Aktuell ist ein Berner Parteipräsident. Einige Zeit sogar zusammen mit einem Berner als Fraktionspräsident. Wir haben einen Bundesrat aus der Deutschschweiz und einen aus der Romandie. Die Kantonalparteien sind gleichwertige Partner in der Gesamtpartei. Ich bin überzeugt, dass wir auch in der Romandie mit unserem klaren Kurs zulegen werden. Auch in der Romandie zählen viele Menschen auf die verlässliche SVP, die nicht in die EU will, auch nicht über den Schleichweg eines Rahmenabkommens. Auch in der Romandie wollen die Menschen Sicherheit und Freiheit, kriminelle Ausländer ausschaffen, den Asylrechtsmissbrauch stoppen und tiefere Steuern, Gebühren und Abgaben.

«Wir wollen die Wahlen für die Schweiz gewinnen und mit Abstand erneut stärkste Partei werden.»

Seit der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative durch das Bundesparlament dürfte die Politik-Verdrossenheit bei den Wählerinnen und Wählern weiter gestiegen sein. Wie motivieren Sie die Leute dazu, am 20. Oktober trotzdem an die Urne zu gehen?

«Wir sind auf dem Weg zur 10-Millionen-Schweiz. Noch immer ziehen jedes Jahr Zehntausende Personen neu in die Schweiz.»

In dem wir informieren, motivieren und beharrlich weiterkämpfen. Wir zeigen auf, dass in der Schweiz das Volk der Chef ist und nicht der Bundesrat oder das Parlament. Nur in der Schweiz hat der Büezer, der Bauer und der Gewerbler das genau gleiche Stimm- und Wahlrecht wie der Novartis-Chef... wenn dieser noch ein Schweizer wäre. All jenen, die resigniert haben, ist zu sagen, dass sie bei den Wahlen im Oktober sehr wohl ein wirksames Zeichen setzen können.

In verschiedenen Kantonen treten einige der Zugpferde nicht mehr an – wie kann die SVP dies auffangen?

Die SVP hat viele hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten. Erfahrene National- und Ständeräte und Neukandidierende mit Leistungsausweis. Zugpferde werden nicht geboren sondern müssen sich empor arbeiten. Zugpferde kommen und gehen. Geht ein Zugpferd, dann gibt das einem potentiellen Anwärter die Chance die Zugpferd-Aufgabe zu übernehmen.

Sie selber sind eines dieser Zugpferde, das nicht mehr antritt – weshalb nicht?

Ich werde dieses Jahr 66. Ein gutes Alter um nach 6 Jahren Gemeinderatspräsident, 6 Jahren Grossrat und 16 Jahren im nationalen Parlament neuen Kräften Platz zu machen. Eine Chance die garantiert genutzt wird, um die wichtige Arbeit im Interesse unseres Landes, im Interesse unserer Kinder und Grosskinder konsequent weiter zu führen. Damit die Schweiz – Schweiz bleibt!

IMPRESSUM : SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament / SVP

Die Sozialhilfekosten explodieren, weil immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund vom Staat leben.

Zuwanderung und Asyl nach wie vor ausser Kontrolle

Mit seinen jüngst publizierten Statistiken über die Zuwanderung will uns der Bund glauben lassen, er habe die Situation im Griff. Doch die Realität ist eine andere: Unsere Grenzen sind nach wie vor weit offen für jeden, der in die Schweiz kommen möchte, mit unabsehbaren Kosten für die Sozialwerke und die Steuerzahler.

Unser stabiles politisches System und die freiheitliche Wirtschaftsordnung haben die Schweiz zu einem Erfolgsmodell gemacht. Unser Land ist wohlhabend und verfügt deshalb über ein grosszügiges soziales Auffangnetz. Doch dieser Sozialstaat ist es auch, der zahlreiche Menschen mit mehr oder weniger guten Absichten anzieht, und so unser Land aus dem Gleichgewicht bringt.

«Der hohe Migrationsdruck auf die Schweiz hat spürbar negative Auswirkungen.»

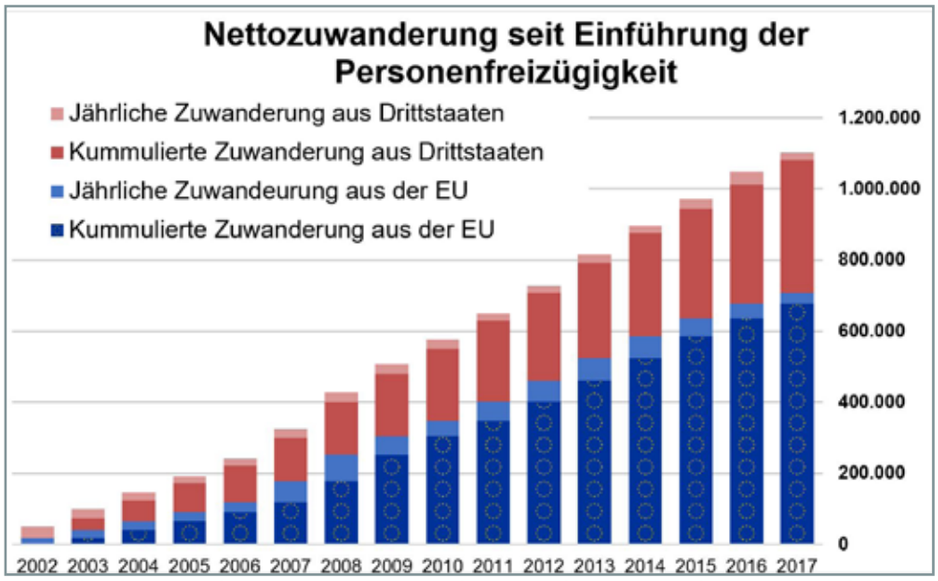
Ende 2018 lebten 2'081'169 Ausländer in der Schweiz. Diese Zahl hat sich in nicht einmal 30 Jahren verdoppelt. Und sie steigt unaufhörlich weiter, obwohl die Schweiz massiv einbürgert und so jedes Jahr zehntausende von Ausländern in der Statistik neu als Schweizer geführt werden. Allein 2018 erhielten 42'225 Ausländer den Schweizerpass, was in etwa dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht.

Dieser anhaltend hohe Migrationsdruck auf die Schweiz hat spürbar negative Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger: Unsere Infrastruktur stösst immer mehr an ihre Grenzen. Die Sozialhilfekosten explodieren, weil immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund von unserem Staat leben, anstatt zu dessen Wohlstand beizutragen. Während der Ausländeranteil an

90.4%

Aller Personen im Asylbereich leben von Sozialhilfe – viele von ihnen ein Leben lang.

der Gesamtbevökerung etwas mehr als einen Viertel ausmacht, sind es bei den Arbeitslosen und der Sozialhilfe gegen 50 Prozent. Obwohl das Stimmvolk beschloss, dass die Schweiz die Zuwanderung begrenzen soll, wanderten auch 2018 wieder Zehntausende Menschen in die Schweiz ein – angesichts der Scheinmassnahmen des Parlaments ist dies nicht verwunderlich. Am 31. Dezember 2018 betrug die legale Nettozuwanderung rund 55'000 Personen, ein Anstieg von 2.9 Prozent gegenüber 2017. Die Mehrheit profitiert nach wie vor von der schrankenlosen Personenfreizügigkeit mit der EU.



Seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahre 2002 sind netto über 1.1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert, davon über 700'000 aus der EU.

Es versteht sich von selbst, dass jene, die illegal in die Schweiz einreisen und sich hier aufhalten von keiner dieser Statistiken erfasst werden. 2018 sind 5'425 Personen «unkontrolliert abgereist», sprich die Behörden haben keine Ahnung, ob sie sich noch illegal in der Schweiz aufhalten oder effektiv in ein anderes Land gereist sind.

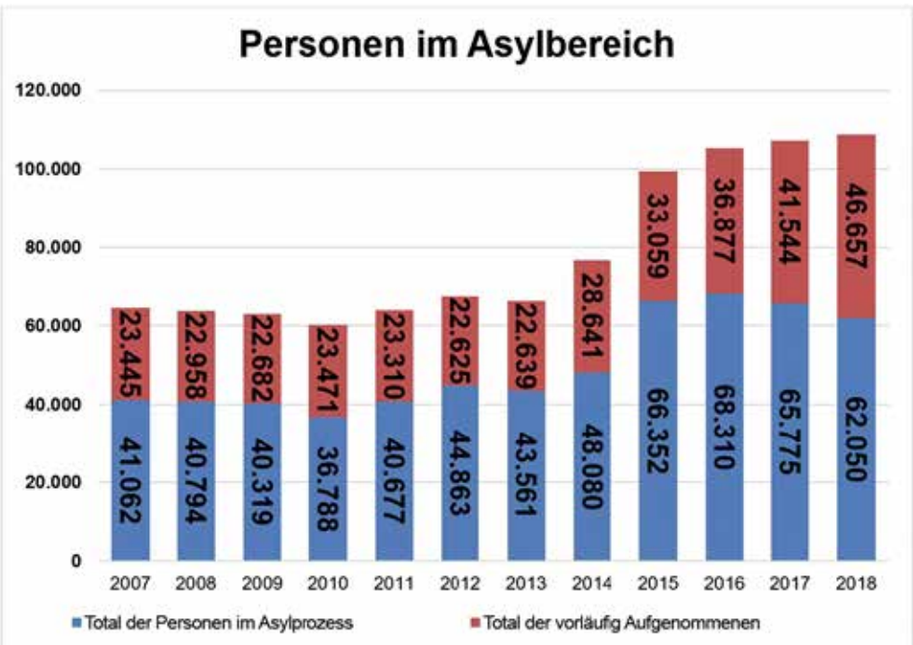
Je nach Schätzung leben mittlerweile zwischen 90'000 und 250'000 Personen illegal in der Schweiz.

Fehlgeleitete Asylpolitik

Nebst dieser unkontrollierten Zuwanderung wird unser Land und unsere Gesellschaft durch eine völlig fehlgeleitete Asylpolitik belastet. Statt echten Flüchtlingen Schutz zu bieten, zieht die Schweiz weiter Wirtschaftsmigranten an. Zwar ist die Zahl der Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr auf 15'255 leicht zurückgegangen, doch die Anzahl Personen im Asylbereich ist auf über 123'000 Personen angewachsen.

Nicht nur, dass ein grosser Teil dieser Personen gar nicht als Flüchtlinge gelten, über 90 Prozent von ihnen beziehen Sozialhilfe, viele von ihnen ein Leben lang. Das bedeutet langfristig enorme Kosten, nicht nur für den Bund, sondern auch für die Kantone und die Gemeinden, die in ein paar Jahren mit einer Explosion der Sozialkosten rechnen müssen.

Nach wie vor gibt es nur eine Partei, die in dieser Thematik Klartext spricht und das ist die SVP.



In letzter Zeit nimmt die Anzahl vorläufig aufgenommener Personen weiter markant zu. Dabei handelt es sich um Personen, welche die Schweiz verlassen müssten, aber deren Ausschaffung nicht durchführbar ist. Ein Grossteil dieser Menschen wird ihr Leben lang auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Dem ungehinderten Zuzug in unser Sozialsystem ist ein Riegel zu schieben.

Von Nationalrat Michaël Buffat Vuarrens (VD)

Altersvorsorge auf der langen Bank

Die Altersvorsorge bleibt ein heisses Eisen. Nur mit einer bei den Wahlen 2019 gestärkten SVP werden unsere Renten gesichert. Bundesrat und Parlament waren dazu bisher nicht im Stande, weil sie glaubten, der Souverän sei nicht mündig genug, einer ehrlichen Lösung der Probleme zuzustimmen.

Für die SVP ist und bleibt das Ziel, die Finanzierung der AHV langfristig zu sichern. Für alle und generationengerecht. Ein erster Schritt wäre das gleiche Rentenalter für Mann und Frau. Ein zweiter, die AHV-Steuergelder nicht im Staatshaushalt versickern zu lassen. Ein dritter Schritt muss die Umleitung unnützer Auslandhilfen sein. Statt Ost-Milliarden zu verpulvern, muss das Geld in die Altersvorsorge investiert werden.

Doch der Bundesrat spielt auf Zeit. Innenminister Alain Berset kündigte an, sein Ziel sei weiterhin, die erste und die zweite Säule gemeinsam zu stabilisieren. Nun halt unter Berücksichtigung des Volksentscheides. Und er sei «hoch motiviert», die Probleme rasch und zielstrebig anzugehen.

Ein erster Schritt zur Sicherung der AHV wäre das gleiche Rentenalter für Mann und Frau.

Das Generationenproblem will Berset nicht lösen

Paperlapapp. Das Resultat ist bis heute = null. Am runden Tisch wurden lediglich die bisherigen Positionen zementiert. Kern der neuen Bundesrats-AHV-Vorlage blieb eine massive Mehrwertsteuer-Zusatzfinanzierung. Konkret geht es nun um 1,5 Mehrwertsteuer-Prozente ab 2021. Die Generationenproblematik will Berset weiterhin nicht lösen.

Die Vernehmlassung ist mittlerweile abgelaufen. Der Bundesrat hat die Ergebnisse zur Kenntnis genommen. Sein Kommentar spricht Bände: «Die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Reform der 1. Säule sind unbestritten, die Meinungen zu den Reformmassnahmen gehen jedoch auseinander. Das Eidgenössische Departement des Innern wird dem Bundesrat bis spätestens Ende August 2019 einen Botschaftsentwurf zur AHV 21 unterbreiten.»

Der AHV fehlen rund 53 Milliarden Franken

Man nimmt sich also Zeit. Eile scheint keine geboten. Dabei verschlechtert sich die Situation der AHV zusehends. Um den Ausgleichsfonds bis 2030 auf dem Stand einer Jahresausgabe zu halten, wie es das Gesetz vorsieht, fehlen der AHV rund 53 Milliarden Franken.

Die Zeitschinderei hat noch einen anderen Hintergrund. In der Abstimmung vom kommenden Mai will sich der Bundesrat die Zustimmung des Volks zur Unternehmenssteuerreform mit einem SV17/AHV-Kuhhandel erkaufen. Das schiebt die AHV-Probleme weiter hinaus, verunmöglicht aber auch dringende Korrekturen in der 2. Säule.

Vielleicht hofft der Bundesrat auch nur, nach den Wahlen im Herbst weiter mit Zeitschinden und Mogelpackungen die Probleme nicht lösen zu müssen und sie unseren Kindern und Enkeln zu überlassen. Dann, wenn der aktuelle Bundesrat bereits selbst den Ruhestand geniesst.

Von Nationalrat Thomas de Courten Rünenberg (BL)

Nein zur Salamitaktik der EU

Die Unionsbürgerrichtlinie der EU würde den EU-Bürgern Tür und Tor zu unseren Sozialsystemen öffnen. Zwar ist diese Richtlinie nicht Gegenstand des Rahmenabkommens mit der EU. Dass sie uns die Richtlinie aufzwingen wird, ist indes so sicher wie das Amen in der Kirche. Wie die EU vorgeht, zeigt die aktuelle Verschärfung des Waffenrechts.

Aktuell erleben wir, wie die Salamitaktik der EU gegenüber der Schweiz funktioniert. Dies im Zusammenhang mit dem Institutionellen Rahmenabkommen und der verhängnisvollen Unionsbürger-Richtlinie. Diese wurde von Brüssel absichtlich nicht ins Rahmenabkommen integriert, weil auch den EU-Notabeln klar ist, dass damit ein Nein bei einer Volksabstimmung so sicher ist wie das Amen in der Kirche ist. Trotzdem wollte die EU nichts von einem ausdrücklichen Verzicht wissen, dem Schweizervolk die Unionsbürger-Richtlinie zu einem späteren Zeitpunkt nach der Unterzeichnung des Rahmenabkommens aufzuoktroyieren. Die Absicht Brüssels ist klar: Diese Richtlinie, die den EU-Bürgern den erleichterten Zugang zum lukrativen schweizerischen Sozialversicherungssystem sichern soll, wird einfach per nächster Tranche verlangt. Und unsere eigenen EU-Turbos singen dann erneut vereint im Chor: Da dürfen wir nicht Nein sagen, sonst gefährden wir den bilateralen Weg...

Dasselbe Spiel erlebten wir bereits im Vorfeld der Abstimmung von 2005 zum Schengen/Dublin-Abkommen. Dagegen war das Referendum ergriffen worden, unter anderem von der SVP, der AUNS, aber auch vom «Komitee für ein freiheitliches Waffenrecht». Letzteres kritisierte schon damals, die Schweiz werde ihr jahrhundertealtes Recht des verantwortungsbewussten Waffenbesitzes aus der Hand geben. Der Bundesrat beschwichtigte, es gehe nur um Mindestregeln gegen den Waffenmissbrauch. Ansonsten entspreche das schweizerische Waffenrecht den Vorgaben des Abkommens weitgehend. Nach einem intensiv geführten Abstimmungskampf, der zur hohen Stimmbeteiligung von fast 57 Prozent geführt hatte, sagte der Souverän dann mit 54,6 Prozent relativ knapp Ja. Schützen und Jäger wähnten sich nach der Niederlage von 2005 aber immerhin im Glauben, das Waffenrecht bleibe nun wie es ist und würde nicht alsbald weiter verschärft werden.

Die SVP sagt am 19. Mai klar Nein zum neuen EU-Waffenrecht.

Das wäre das Ende des Schiessens als Volkssport

Doch weit gefehlt. Bereits 2013 lancierte die EU eine weitere Überarbeitung des Waffenrechts und beschloss in der Folge ein grundsätzliches Verbot von halbautomatischen Schusswaffen im Besitz von Privatpersonen. Diese neue EU-Richtlinie änderte eo ipso das Schengen-Abkommen, und weil die Schweiz gehalten ist, dieses Abkommen «dynamisch nachzuvollziehen», kommt sie um eine weitere Verschärfung ihres Waffenrechts nicht herum. Salamitaktik also in Reinkultur. Das liess sich die «Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz» dieses Mal nicht bieten. Sie ergriff das Referendum, aus der Sorge heraus, dass die Übernahme der EU-Richtlinie das Ende des Schiessens als traditioneller Volkssport bedeutet. Denn auch Sturmgewehre und Pistolen sind halbautomatische Waffen, deren Besitz künftig verbürokratisiert und ausnahmebewilligungspflichtig sein wird.

Die Befürworter dieser Salamitaktik der EU operieren nun mit der Behauptung, eine Ablehnung der Umsetzung der neuen EU-Waffenrichtlinie hätte automatisch den Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen/Dublin-Abkommen zur Folge. Als langjähriger pragmatischer Aussenpolitiker sage ich dazu: Eine solche Mär kann man mir nicht aufbinden!

Von Nationalrat Maximilian Reimann Gipf-Oberfrick (AG)

Es braucht mehr SVP

Die SVP Kanton Luzern steigt selbstbewusst in die Kantons- und Regierungsratswahlen vom 31. März 2019. Wir wollen im Parlament erstmals grösste Fraktion werden und unseren Regierungsrat mit einem guten Ergebnis bestätigt wissen.

Die SVP Luzern ist gradlinig, verlässlich und steht für Schweizer Werte ein.

Der Kanton Luzern fristete jahrzehntelang ein Mauerblümchendasein und hatte Mühe, gegen die starke zentralschweizer Konkurrenz zu bestehen. Doch in den 90er Jahren wendete sich das Blatt. Just mit dem Auftritt der SVP im Kanton begann ein steiler Aufstieg, der seither stetig anhält.

Ein vielfältiger Kanton

Urchige Landschaften im Entlebuch, Hügellandschaften im Napfgebiet, ein offenes Mittelland um Sursee und Hochdorf, eine einzigartig schöne Hauptstadt Luzern oder fast schon mediterrane Perlen mit Palmen am Fuss der Rigi: Luzern bietet für jeden etwas. Wirtschaftlich hat der Agrarkanton in den letzten Jahren stark zugelegt und eine rekordhohe Zahl an Firmenzuzügen und Neugründungen erlebt. Allen Unkenrufen und negativen Medienberichten zum Trotz: Die Steuerstrategie hat den Kanton Luzern gestärkt, das zeigen alle Analysen eindrücklich.

Auch die politische Landschaft ist speziell. Traditionell dominierte eine starke CVP, der Juniorpartner FDP war nur geduldet. In Wahlkämpfen bekriegten sich «Rot» und «Schwarz», ohne dass sich die Mehrheitsverhältnisse wesentlich verschoben. Die SVP hat diese Lethargie ordentlich aufgemischt. Seit ihrer Gründung vor 25 Jahren konnte sie ihren Wähleranteil sukzessive steigern. Bei den Wahlen 2015 überholte die SVP die FDP. Nun ist es an der Zeit an die Spitze vorzustossen und die CVP zu verdrängen.

Gradlinig und verlässlich

Die SVP Kanton Luzern ist gradlinig, verlässlich und erfolgreich. 2017 beantragte die Regierung eine Steuerfusserhöhung von 1.6 auf 1.7 Einheiten. Die SVP ergriff ganz alleine das Referendum dagegen – nicht einmal die Wirtschaft getraute sich, zu helfen. Doch was zuerst belächelt wurde, endete im Grosserfolg.

Die SVP gewann die Abstimmung gegen die «Classe Politique». Diesen Elan wollen wir weitertragen. Unser Slogan «Frei bleiben» steht für ein starkes Einstehen für die Schweizer Werte, egal in welchem Thema. Damit wollen wir punkten und so mehr Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstverantwortung ins Parlament bringen. Wir wollen, dass die Städte bürgerlich bleiben, wir wollen die linken Zentralisierungen verhindern und der grünen Verkehrspolitik mit immer mehr Fahrverboten Einhalt gebieten. Dafür braucht es ganz einfach mehr SVP.

Klares Zeichen für Winiker

2015 konnten wir unseren Sitz im Regierungsrat mit Paul Winiker zurückgewinnen. Als Vorsteher des Justiz– und Sicherheitsdepartementes hat er hervorragende Arbeit in einem schwierigen Umfeld geleistet. Wir streben eine Bestätigung im 1. Wahlgang an. Mit diesem klaren Zeichen soll die Arbeit von Paul Winiker gebührend belohnt werden

Stellen auch Sie am 31. März 2019 die Weichen, damit wir alle «Frei bleiben». Die SVP gewinnt, indem Sie liebe Wählerinnen und Wähler die Liste 2 unverändert in die Urne legen und Paul Winiker, in den Regierungsrat wählen. Herzlichen Dank!

Von Angela Lüthold-Sidler,
Präsidentin
SVP Kanton Luzern

GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Rhetorik
<griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

VORTEIL KIA SEIT 25 JAHREN +

Typisch Kia. Typisch Schweiz.

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

Bodenständig

Egal, wie das Leben spielt: Schweizer bringt kaum etwas aus dem Takt, sie bleiben «auf dem Boden» – eine Eigenschaft, die seit 25 Jahren Kia in der Schweiz prägt. Ob im Gelände oder in der Stadt – exzellente «Bodenhaftung» zeigt auch der **Kia Sportage «Power 25» 4x4.** Bodenständig und fortschrittlich:

- **4x4 • Modelljahr 19/Euro 6d Temp • 7"-Navigationssystem mit Rückfahrkamera/DAB+ • Spurhalteassistent, Müdigkeitserkennung • Android Auto™ und Apple CarPlay™**
- **Sitzheizung v/h**

und vieles mehr

HvS Zürich

Kia Sportage 4x4
ab CHF **30'900.–**
Kundenvorteil
CHF 3'050.–*

KIA
The Power to Surprise

Kia-Jubiläumsmodelle Power 25 +

Kia Picanto
ab CHF **15'300.–**
Kundenvorteil
CHF 1'150.–*

Kia Ceed
ab CHF **24'600.–**
Kundenvorteil
CHF 3'350.–*

Kia Niro Hybrid
ab CHF **30'950.–**
Kundenvorteil
CHF 2'400.–*

7 JAHRE GARANTIE

Abgebildete Modelle: Kia Sportage Power 25 1.6 T-GDi 4x4 man. CHF 30'900.– und Metallic-Lackierung CHF 750.–, 7,9 l/100 km, 180 g CO_2/km, Energieeffizienzkat. G, CO_2-ETS 42 g/km; Kia Picanto Power 25 1.2 CVVT man. CHF 15'300.– und Metallic-Lackierung CHF 550.–, 5,1 l/100 km, 116 g CO_2/km, Energieeffizienzkat. F, CO_2-ETS 27 g/km; Kia Ceed Power 25 1.0 T-GDi man. CHF 24'600.– und Metallic-Lackierung CHF 650.–, 5,4 l/100 km, 122 g CO_2/km, Energieeffizienzkat. E, CO_2-ETS 28 g/km; Kia Ceed SW Power 25 1.0 T-GDi man. CHF 25'900.– und Metallic-Lackierung CHF 650.–, 5,2 l/100 km, 126 g CO_2/km, Energieeffizienzkat. E, CO_2-ETS 28 g/km; Kia Niro Hybrid Power 25 1.6 GDi aut. mit 6-Stufen-Automatik DCT (Doppelkupplungsgetriebe) CHF 30'950.– und Metallic-Lackierung CHF 650.–, 4,2 l/100 km, 97 g CO_2/km, Energieeffizienzkat. A, CO_2-ETS 22 g/km. Alle abgebildeten Modelle: Emissionsklasse Euro 6d Temp. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 137 g CO_2/km (unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.). CO_2-ETS = CO_2-Emissionen aus der Treibstoff- und/oder der Strombereitstellung. Fahrweise, Strassen- und Verkehrsverhältnisse, Umwelteinflüsse und Fahrzeugzustand können Verbrauchs- und CO_2-Emissionswerte beeinflussen. Die angegebenen Verbrauchs- und CO_2-Emissionswerte wurden nach dem WLTP-Messverfahren auf dem Prüfstand ermittelt und in NEFZ-Werte umgerechnet.
*Gegenüber Version Trend.

Kia Motors AG, 5745 Safenwil, 062 788 88 99

IHRE INSERAT HIER

IHRE INSERAT HIER

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an klartext@svp.ch

Typisch Schweiz: NEW SUZUKI TRADIZIO® 4 x 4.

SUZUKI 0.9% HIT-LEASING

NEW SUZUKI IGNIS TRADIZIO® 4 x 4
BEREITS AB **Fr. 123.–**/MONAT
ODER FÜR **Fr. 19490.–**

NEW SUZUKI SWIFT TRADIZIO®
BEREITS AB **Fr. 124.–**/MONAT
ODER FÜR **Fr. 18490.–** HYBRID

NEW SUZUKI SX4 S-CROSS TRADIZIO® 4 x 4
BEREITS AB **Fr. 207.–**/MONAT
ODER FÜR **Fr. 27490.–** BOOSTERJET

SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Ignis TRADIZIO® 4 x 4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 19490.–, Treibstoff-Normverbrauch: 5.2 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 118 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27 g/km; New Suzuki Swift TRADIZIO®, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 18490.–, Treibstoff-Normverbrauch: 4.9 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO_2-Emissionen: 112 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 26 g/km; New Suzuki SX4 S-CROSS TRADIZIO® 4 x 4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 27490.–, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 141 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33 g/km; **Hauptbild:** New Suzuki Ignis TRADIZIO® Top 4 x 4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 21490.–, Treibstoff-Normverbrauch: 5.2 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 118 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27 g/km; New Suzuki Swift TRADIZIO® Top Hybrid, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 21190.–, Treibstoff-Normverbrauch: 4.4 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO_2-Emissionen: 100 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 23 g/km; New Suzuki SX4 S-CROSS TRADIZIO® Top 4 x 4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 31490.–, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2 l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 141 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33 g/km. Durchschnittswert CO_2-Emissionen aller in der Schweiz neu immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 137 g/km.

SUZUKI GARANTIE 5 JAHRE AUF ALLE SONDERMODELLE TRADIZIO® PREMIUM

SUZUKI 0.9% HIT-LEASING **Leasing-Konditionen:** 24 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9 %. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30 % vom Nettoverkaufspreis. Der Leasing-Zinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasing-Angebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasing-Partner ist die MultiLease AG. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.**

Die kompakte Nr. 1
SUZUKI Way of Life!
www.suzuki.ch

2 von 17 MPS-Angeboten.

OCoTex Tel. 041 799 50 00
ocotex.ch
Verkauft und wartet Brother-Geräte seit über 30 Jahren.

Farbig MFC-L9570CDW

- TOP-Farbqualität, die überzeugt
- Drucker, Scanner, Kopierer, Fax
- Druckt und scannt doppelseitig
- Druckt 31 Seiten farbig/min.
- Scannt 100 Seiten pro Minute
- NFC für personalisiertes Drucken
- Zweite Kas. optional, bis 800 Blatt
- Einfache Touchscreen-Bedienung

1'199.-

Farb-Click:	7.986 Rp.
S/W-Click:	1.340 Rp.
Eintausch:	300.00 Fr.
Rückkauf Toner bis	400.00 Fr.

Mono HL-L6400DW

- Für Vieldrucker besonders geeignet
- 50 Seiten / Minute (Duplex 24 S.)
- Toner 12'000 Seiten mitgeliefert
- Einfache Touchscreen-Bedienung
- NFC für personalisiertes Drucken
- Gigabit Ethernet, WLAN

729.-

S/W-Click:	1.088 Rp.
Eintausch:	300.00 Fr.
Rückkauf Toner bis	400.00 Fr.

MPS Service-Pack für 5 Jahre: farbig Fr. 329.00, mono Fr. 179.00 (bis 31. März gratis)
Mit MPS volle fünf Jahre VorOrt-Garantie. Drucker bestellt Toner selbst!

Schon wieder falsch gedacht?

... schau auf www.falschgedacht.ch
wer alles SVP wählt!

Schon wieder falsch gedacht?

... schau auf www.falschgedacht.ch
wer alles SVP wählt!

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN®
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch